

# transparent

## Stimmzettel

für die Wahl zum Deutschen Bundestag  
am 24. September 2017

↓ 

1	 <b>EEG</b>	<input type="radio"/>
2		<input type="radio"/>
3		<input type="radio"/>
4		<input type="radio"/>
5		<input type="radio"/>
6		<input type="radio"/>
7		<input type="radio"/>

Informationen aus der  
Gelsenwasser-Gruppe

Ausgabe 2/2017

## DEUTSCHLAND HAT DIE WAHL

WOHIN STEUERT DIE ENERGIE- UND  
UMWELTPOLITIK?

### 04 | WOHIN STEUERT DIE ENERGIEPOLITIK?

Wir haben die Energiepolitiker der  
Bundestagsfraktionen gefragt

### 08 | DIGITALISIERUNG DER ENERGIEWENDE

Herausforderungen für  
Messstellenbetreiber

### 18 | KOOPERATION MIT DER LANDWIRTSCHAFT

Pflanzenschutzmittel und Nitrat  
bereiten Sorgen



Liebe Leserinnen und Leser,

*immer öfter hört man in den letzten Wochen, der Wahlkampf zu dieser Bundestagswahl sei nicht spannend, eigentlich gäbe es gar keinen. Die Menschen in Deutschland seien zufrieden und die Parteien erzählten ohnehin alle das Gleiche. Das stimmt nicht. Energiepolitik ist 2017 zwar nicht im Fokus – ganz anders als bei der letzten Bundestagswahl –, ist aber dennoch spannender denn je. Wir haben die Energiepolitiker der Fraktionen nach ihren Zielen für die nächsten vier Jahre gefragt – und sehr unterschiedliche Antworten bekommen!*

*Die Energiewende ist heute Konsens, auch die AfD wird sie nicht mehr zurückgedreht bekommen. Aber der Weg hin zu dieser CO<sub>2</sub>-freien Gesellschaft ist völlig offen. Viele der Lösungen sind sogar der breiten Öffentlichkeit bekannt: Speicher, Elektromobilität, Power-to-Gas und wie sie alle heißen. Aber keine ist bislang bezahlbar.*

*Die große Frage ist: Werden bald auch die Wärmeversorgung und der Verkehr über Strom funktionieren? Niemand kann sie bereits jetzt seriös beantworten. Aktuell spricht zumindest einiges dagegen. Fest steht, dass die Erneuerbaren die 50 %-Marke der Stromversorgung überschritten haben und immer weiter wachsen. Damit wird das System grüner. Und anfälliger. Wir müssen nicht nur den zusätzlichen Strom durch das gesamte Land transportieren, wir müssen vor allem dafür sorgen, dass die Netze in den Städten in beide Richtungen funktionieren, um die vielen neuen dezentralen Anlagen in den Griff zu bekommen. Das kann nur gehen, wenn die Prozesse weitgehend digitalisiert sind, im Grunde automatisiert. Dieser Umbau ist wichtig und richtig, kostet aber noch viel Geld und Mühe. Wie hält man diese Kosten in einem erträglichen Maß und verteilt sie halbwegs gerecht? Ein politisches Mammutprojekt, bei dem auch die Parteien ganz unterschiedliche Ansätze haben.*

*Spannende Zeiten eigentlich. Man darf sich auf die nächsten vier Jahre freuen.*

Ihr

Dr. Arnt Baer

## INHALTSVERZEICHNIS

### 03 | STROMNETZBETRIEB MÜNSTERLAND

Gelsenwasser Energienetze verantworten den Stromnetzbetrieb im Münsterland.

### 04 | ENERGIEPOLITIK IN DER NÄCHSTEN LEGISLATURPERIODE

Wir haben die energiepolitischen Sprecher der derzeitigen Bundestagsfraktionen gefragt, wie die Parteien die Energiewende angehen.

### 08 | DIGITALISIERUNG DER ENERGIEWENDE

Das Messstellenbetriebsgesetz und die Herausforderung der Umstellung auf elektronische Zähler oder intelligente Messsysteme

### 10 | PARTNER DER KOMMUNE

Gelsenwasser ist neuer Partner der Kommune Eilenburg bei Strom, Gas, Fernwärme und Straßenbeleuchtung.

### 11 | KEEN – KOMMUNALE ENERGIEEFFIZIENZ NETZWERKE

Der Klimamanager der Gemeinde Nordwalde ist Mitglied im KEEN Münsterland und berichtet über seine Erfahrungen und Erwartungen an das Netzwerk.

### 12 | BÜRGERMEISTER IM GESPRÄCH ZUR WINDENERGIE

Wir wollen von drei Bürgermeistern unserer Partnerkommunen wissen, wie sie die Pläne der neuen Landesregierung bewerten.

### 14 | KOALITIONSVERTRAG NRW

17 Stadtwerke zeigen im Positionspapier die Potenziale von Windenergie in NRW auf.

### 16 | BENCHMARKING NRW

113 Unternehmen nehmen am Benchmarking Wasserversorgung der Landesregierung teil.

### 18 | KOOPERATION MIT LANDWIRTSCHAFT

Gemeinsam Lösungen finden gegen die Verschmutzung der Gewässer durch Pflanzenschutzmittel und Nitrat.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

GELSENWASSER AG, Willy-Brandt-Allee 26, 45891 Gelsenkirchen,  
☎ 0209 708-0, [www.gelsenwasser.de](http://www.gelsenwasser.de)

### Redaktion:

Dr. Arnt Baer, Heidrun Becker, Felix Wirtz, Lisa Albert  
☎ 0209 708-450, [transparent@gelsenwasser.de](mailto:transparent@gelsenwasser.de)

### Layout:

Seidl PR & Marketing GmbH, Essen

# EINE NEUE ÄRA FÜR GELSENWASSER

## Der Aufbau des Stromnetzbetriebs im Münsterland



Rechts: Markus Thomas, leitender Stromnetz-Ingenieur; links: Manfred Hochbein, Projekt- und Betriebsleiter

Vor rund 45 Jahren wurde im Münsterland die heutige Gasversorgung ganz neu aufgebaut. Auch damals waren es die beteiligten Kommunen, die mit Gelsenwasser die mutige Entscheidung trafen, trotz einer sehr ländlich geprägten Region ein Versorgungsnetz mit Erdgas auf die Beine zu stellen zum Wohle der Bürger. Der Netzbetrieb mit Erdgas stellt heute eine sichere und günstige Versorgung mit Energie in den Münsterland-Kommunen dar und ist ein wichtiger Baustein im Gesamtpaket der örtlichen Infrastruktur.



## GWN BILDET AUS

Seit nunmehr fast vier Jahren gewährleistet die GELSENWASSER Energienetze GmbH im Netzgebiet Stolzenau einen sicheren Stromnetzbetrieb. Dies wäre nicht ohne sehr gut ausgebildetes Personal möglich. Mit der Ausbildung zweier neuer Monteure wollen wir dieses Wissen weitergeben und in die Zukunft investieren. Die Ausbildung zum „Elektroniker in der Betriebstechnik“ ist breit aufgestellt und bietet eine gute Grundlage für die Herausforderungen im Stromnetzbetrieb. Ein Auszubildender hat im August die Verbundausbildung mit der Westfalen Weser Netz (WWN) begonnen, ein weiterer ist schon im zweiten Lehrjahr. Die Auszubildenden sammeln Erfahrungen im Netzbau, im Errichten und Instandhalten von Mittelspannungsanlagen, im Zählerwesen und in der Straßenbeleuchtung. Die Anforderung zum selbstständigen und projektorientierten Arbeiten rundet die Ausbildung ab.

Seit Anfang 2015 sind die Kommunen Ascheberg, Billerbeck, Havixbeck, Lüdinghausen, Nordkirchen, Olfen, Rosendahl und Senden nun auch Haupteigentümer der Stromnetze. Zusammen mit der GELSENWASSER Energienetze GmbH (GWN) verantworten sie die strategische Ausrichtung der neuen Sparte Strom im Münsterland. Die Versorgung mit Strom ist für GWN mittlerweile kein Neuland mehr, denn seit 2014 betreibt sie zuverlässig das Stromnetz in der niedersächsischen Gemeinde Stolzenau. Nun gilt es, diese guten Erfahrungen auf die Belange auch im grünen Münsterland mit den über 31.000 Netzanschlüssen und einem Leitungsnetz von über 3.000 km Länge zu übertragen – sicherlich nochmal eine weitere Herausforderung.

Noch in diesem Jahr werden an den vorhandenen Standorten Lüdinghausen und Altenberge zwei Netzmeister und vier Stromnetzmonteur ihre Arbeit aufnehmen und Versorgungsleitungen und Netzanschlüsse herstellen. Ab 2019 übernehmen dann auch die GWN-Mitarbeiter den turnusmäßigen Wechsel der Stromzähler. Bis Ende 2022 werden insgesamt 30 Mitarbeiter den Stromnetzbetrieb vom bisherigen Netzbetreiber übernehmen und eine sichere Stromversorgung garantieren. Dabei stützen wir uns auf Stromnetzfachleute, die bereits jahrelange Erfahrungen im Stromnetzbetrieb erworben haben. Sie werden mit den eigenen Nachwuchskräften zusammenarbeiten.



Ansprechpartner: Manfred Hochbein  
GELSENWASSER Energienetze GmbH  
Leiter Betrieb Münsterland  
☎ 02591 24-200  
✉ [manfred.hochbein@gw-energienetze.de](mailto:manfred.hochbein@gw-energienetze.de)

## 3 FRAGEN AN

1.

**JOACHIM PFEIFFER**

WIRTSCHAFTS- UND  
ENERGIEPOLITISCHER  
SPRECHER DER CDU/CSU-  
BUNDESTAGSFRAKTION

*Für mich ist klar: Das EEG war immer nur als Einstiegsförderung für eine Nischentechnologie gedacht, was die erneuerbaren Energien inzwischen mit rund 35 % Anteil an der Stromerzeugung mit Sicherheit nicht mehr sind. Es gilt, sich von der bisherigen Subventionsmentalität zu verabschieden und die Kosten der Energiewende für die Verbraucher zu begrenzen. Photovoltaik, Windkraft und Biomasse müssen finanziell künftig auf eigenen Beinen stehen. Die Einführung von Ausschreibungen, die Novelle des EEG, des NEMoG und weitere Maßnahmen der unionsgeführten Bundesregierung*

**BERND WESTPHAL**

WIRTSCHAFTS- UND  
ENERGIEPOLITISCHER SPRECHER  
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

*Kurzfristig sehe ich keine Abschaffung des EEG, wie es die CDU/CSU-Fraktion fordert. Klar ist, dass es nicht zu Überförderungen kommen darf. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode die Ausschreibungen eingeführt. Klar ist auch, dass die Erneuerbaren mit wachsendem Anteil an der Stromerzeugung mehr Verantwortung für das Stromsystem übernehmen müssen. Das lässt sich aber ganz einfach als Bedin-*

**EVA BULLING-SCHRÖTER**

ENERGIE- UND KLIMAPOLITISCHE  
SPRECHERIN IN DER  
BUNDESTAGSFRAKTION DIE LINKE

*Wir werden auch in Zukunft ein Erneuerbare-Energien-Gesetz brauchen. Das EEG setzt den Rahmen für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ohne EEG gibt es kein klares Ausbauziel, keine Finanzierungsgrundlage und keinen privilegierten Zugang zum Stromnetz. Auch wenn jetzt zwei Unternehmen für ihre Windparks in der Nordsee keine*

**DR. JULIA VERLINDEN**

SPRECHERIN FÜR ENERGIEPOLITIK  
DER BUNDESTAGSFRAKTION VON  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Die Erneuerbaren sind mittlerweile die zentrale Säule der Stromversorgung. Wird der Zubau unter dem Dach des EEG fortgesetzt?

*in der aktuellen Legislaturperiode waren Schritte in die richtige Richtung, auf die weitere folgen müssen.*

*Für die CDU/CSU steht dabei fest, dass der Umbau der Energieversorgung nur mit mehr Europa, mehr Markt und mehr Wettbewerb gelingen kann. Gerade die europäische Dimension gilt es stärker ins Auge zu fassen, denn 28 nationale Ansätze*

*führen nicht zum Ziel eines echten Binnenmarkts. Im Gegenteil, sie verursachen Ineffizienzen und damit unnötig hohe Preise für den Bürger und die industriellen Stromverbraucher. Stattdessen ist eine Harmonisierung der Erneuerbaren-Förderung und der geplanten Kapazitätsmechanismen auf EU-Ebene das Gebot der Stunde. Ausschreibungen sollten europaweit und technologieneutral erfolgen.*

*Zudem gilt es, die bisherigen parallelen Stromsysteme in einem neuen Strommarktdesign zusammenzuführen, in dem alle Technologien nach wettbewerblichen Kriterien konvergieren. Das gilt für die erneuerbaren Energien und konventionellen Kraftwerke bis hin zu Speicher, Flexibilitäten und Digitalisierung.*

*gung im Rahmen der Ausschreibungen einfordern.*

*Für mich ist die Frage der Finanzierung der Energiewende insgesamt dabei viel wichtiger. Allen muss klar sein, dass die Energiewende Geld kostet. Wir stellen unser Stromsystem komplett um. Unser politischer Auftrag ist es aber, dafür zu sorgen, dass die Kosten nicht höher werden*

*als notwendig und die anfallenden Kosten gerecht verteilt werden.*

*Deshalb werden wir in der nächsten Legislaturperiode genau auf die Kosten gucken müssen und uns dann offen darüber austauschen, welche Finanzierung am besten ist.*

*Eines möchte ich aber betonen: Es handelt sich hierbei nicht nur um Kosten, sondern vor allem um Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.*

*Das EEG ist Deutschlands bislang erfolgreichstes Klimaschutzgesetz. Mit Blick auf das Pariser Klimaabkommen wollen wir den Zubau unter dem Dach des EEG fortsetzen. DIE LINKE strebt einen Ökostromanteil von 43 % bis zum Jahr 2020, 70 % bis 2030 und 100 % bis 2040 an. Dafür muss der Mengendeckel deutlich angehoben werden.*

*Bei der Finanzierung kritisieren wir, dass die energieintensive Industrie von der EEG-Umlage weitgehend befreit ist – die Kosten tragen die restlichen privaten und gewerblichen Stromkunden. DIE LINKE will diese Industrierabatte auf jene Firmen beschränken, die tatsächlich nennenswert mit ihren energieintensiv hergestellten Produkten im*

*internationalen Wettbewerb stehen. Zudem wollen wir einen Energiewendefonds für die hohen Anfangskosten der Energiewende einrichten. Beide Maßnahmen würden den Strompreis für Privathaushalte und kleine und mittelständische Unternehmen deutlich mindern.*

*Vergütung mehr in Anspruch nehmen, ist ein rahmengebendes Gesetz unabdingbar.*

*Natürlich sind wir mit dem aktuellen EEG nicht zufrieden. Die Ausbauziele sind von der schwarz-roten Bundesregierung viel zu niedrig angesetzt. Damit können die Zusagen zum Pariser Klimaabkommen nicht eingehalten werden. Außerdem*

*wollen wir zur Sicherung der Akteursvielfalt und Bürgerbeteiligung, dass kleinere Projekte vom Ausschreibungszwang befreit werden und stattdessen unbürokratisch mit einer sicheren Einspeisevergütung planen können. Auch außerhalb des EEG wird es in Zukunft einen Ausbau der erneuerbaren Energien geben, wenn die Rahmenbedingungen vernünftig gesetzt werden. Hier*

*besteht großer Nachholbedarf, denn insbesondere die Photovoltaik hat da noch ein enormes Potenzial.*

## 2.

## Mit der Erzeugung verändert sich die gesamte Versorgungsstruktur. Welche Rolle nehmen die Stromverteilnetze ein?



Gut ausgebaute Netze sind das A und O für einen kosteneffizienten Strombezug und einen erfolgreichen Umstieg auf erneuerbare Energien. Hierbei gilt es, sowohl den Ansatz eines dezentralen als auch eines zentralen Stromversorgungssystems weiterzuverfolgen. Neben Investitionen in innovative Technologien, in den Ausbau und die Modernisierung

von Stromnetzen liegt die Zukunft der Energieversorgung auch im intelligenten und vernetzten Energiesystem. Mit dem 2016 verabschiedeten Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende hat die unionsgeführte Bundesregierung das Startsignal für Smart Grid, Smart Meter und Smart Home gegeben und verleiht so der digitalen Infrastruktur neuen Schwung. Die nötige Flexibilität, Netzstabilität und

Steigerung der Energieeffizienz werden sich perspektivisch nur durch digitales Datenmanagement und ein intelligentes Stromnetz erreichen lassen. Oberste Priorität muss sein, die erneuerbaren Energien noch schneller in den Markt zu integrieren und Netzausbau und Erzeugungsausbau wesentlich besser zu synchronisieren.



Auch wenn wir über dezentrale Netze sprechen, nehmen sie für die Energiewende schließlich eine zentrale Rolle ein. Bisher war das Augenmerk vor allem auf der Übertragungsebene. An das Verteilnetz sind die Erneuerbaren jedoch angeschlossen.

Hier haben wir noch viel zu lernen und ich bin auf die Ergebnisse der SINTEG-Projekte<sup>1</sup> gespannt, da sie sich genau mit diesem Spannungsfeld beschäftigen.



Die Energiewende findet überwiegend in den örtlichen und regionalen Verteilnetzen statt. Wir fordern einen angemessenen Ausbau aller Netzebenen. Aus unserer Sicht bedeutet dies einen gegenüber den Regierungsplänen deutlich reduzierten Ausbau der Übertragungsnetze.

Dafür müssen wir zum einen zügig aus der Kohle aussteigen und zum anderen auch im Süden Deutschlands mehr Ökostromanlagen bauen. Auf der Verteilnetzebene fordern wir hingegen einen beschleunigten Ausbau bzw. eine bessere Ertüchtigung der Netzbetriebsmittel.



Wir Grüne wollen eine möglichst dezentrale Energiewende. Strom, der in der Region erzeugt wird, soll möglichst auch in der Region verbraucht werden. Die Verteilnetze haben dabei eine wichtige Rolle. Insbesondere Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher werden an das Verteilnetz angeschlossen. Das Verteilnetz muss

dabei die Anforderung erfüllen, möglichst viel erneuerbaren Strom integrieren zu können. Dabei können Speicher zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen ein wichtiger Beitrag sein. Wenn wir in Zukunft einen weiteren rasanten Ausbau der Photovoltaik auch außerhalb des EEG sehen werden, dann wird die Rolle der Verteilnetze sogar noch weiter steigen.

<sup>1</sup> Anmerkung der Redaktion: Mit SINTEG („Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“) fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Musterlösungen für eine klimafreundliche, sichere und effiziente Energieversorgung bei hohen Anteilen erneuerbarer Energien.

### 3. Welche Bedeutung hat eigentlich der Energieträger Gas für das „Projekt Energiewende“?

Technologieoffenheit, ohne ideologische Scheuklappen und Zwang, ist eine Grundvoraussetzung für das Erreichen der Klima- und Effizienzziele. Auch Erdgas spielt als effizienter und kostengünstiger Energieträger eine Schlüsselrolle in einer nachhaltigen Energieversorgung. Erdgas kann sektorübergreifend im Wärmemarkt, bei der Stromerzeugung und in der Mobilität den Einsatz erneuerbarer Energien klimaschonend flankieren. Die Sektorkopplung

als Schlüssel der Energiewende kann zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Reduktion beitragen. Die vorhandenen Gasnetzinfrastrukturen ermöglichen schon jetzt die Speicherung und den Transport großer Energiemengen. Durch Power-to-Gas kann dieser Speicher auch für die Erneuerbaren erschlossen und so beispielsweise Wind- und Solarstrom gespeichert werden. Außerdem gilt es, auch Förderprogramme technologieoffen auszugestalten, damit z. B. veraltete

Heizungssysteme zügig ausgetauscht werden und kein Investitionsstagnation entsteht. Für die Union steht fest: Die Energieversorgung in Deutschland muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Der Energieträger Erdgas kann Partner der erneuerbaren Energien im Energiesystem der Zukunft werden.

Ich bin davon überzeugt, dass Gas noch eine große Rolle für das Gelingen der Energiewende spielen wird. Dabei spreche ich allerdings nicht nur von konventionellem Gas, das schon seit langer Zeit als Brückentechnologie benannt wird, sondern perspektivisch vor allem von grünem Gas.

Natürlich bedeutet die Umwandlung von erneuerbarem Strom in grünen Wasserstoff oder andere Gase einen Verlust von Energie. Gleichzeitig muss man sich aber auch vor Augen führen, dass wir ein sehr gutes Gasbestandsnetz in Deutschland haben, das zudem enorme Flexibilisierungs- und Speicherpotenziale bietet. Hier muss genau abgewogen werden.

DIE LINKE befürwortet einen planvollen Kohleausstieg mit dem Enddatum 2035. In einem solchen Szenario spielen moderne hocheffiziente Gaskraftwerke mit KWK als Übergangstechnologie eine wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit. Letztlich müssen wir aber mittelfristig aus allen fossilen Energieträgern aussteigen. Unser

Energiesystem muss bis 2040 auf vollständig regenerativer Grundlage basieren. DIE LINKE befürwortet eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf fossile Heizstoffe, sofern im Gegenzug die Stromsteuer abgeschafft wird und darüber hinaus eine Rückverteilung der Einnahmen aus dieser Steuer an die Bürgerinnen und Bürger nach Schweizer Modell<sup>2</sup> stattfindet.

Erdgaskraftwerke können anders als Kohle- und Atomkraftwerke leicht hoch- und runtergeregelt werden. Damit können sie sehr gut die fluktuierenden Erneuerbaren Wind- und Solarenergie ergänzen. Außerdem lässt sich die Erdgasinfrastruktur in Zukunft auch für Biogas und synthetisches Gas nutzen.

dabei höchstens einen sehr geringen Ausbaubedarf für die Infrastruktur sehen. Was auch ganz klar sein muss: Schon mittelfristig werden wir die Umstellung von herkömmlichem Erdgas auf Biogas und synthetisches Gas brauchen. Denn auch Erdgas ist ein fossiler Brennstoff. Die Pariser Klimaziele lassen sich damit nicht erreichen!

Wenn wir unsere Anstrengungen in der Energieeffizienz erhöhen, werden wir



<sup>2</sup> Anmerkung der Redaktion: In der Schweiz gibt es seit 2008 eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossile Brennstoffe.

# DIGITALISIERUNG DER ENERGIEWENDE

## Herausforderungen für Messstellenbetreiber

Im September vergangenen Jahres ist das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft getreten. Kern ist das darin enthaltene Messstellenbetriebsgesetz. Ob über ein kommunal getragenes Stadtwerk oder als Anschlussnutzer sind auch die Kommunen direkt oder indirekt davon betroffen. Denn durch das Inkrafttreten des Gesetzes sind grundzuständige Messstellenbetreiber verpflichtet, künftig in alle Verbrauchsanlagen moderne Messeinrichtungen bzw. intelligente Messsysteme einzubauen. Die neue Technik ist ein wichtiger Schritt, um die Stromproduktion, den Verbrauch und die Netze besser miteinander zu verknüpfen. Gleichzeitig ergeben sich auch Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz im privaten oder kommunalen Umfeld.

Der Messstellenbetrieb für Stromzähler bleibt zunächst Aufgabe des Netzbetreibers. Fast alle Netzbetreiber haben innerhalb der Frist bis zum 30. Juni 2017

angezeigt, dass sie diese Rolle wahrnehmen möchten.

Insbesondere kleine Stadtwerke stehen durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen vor einer immensen Herausforderung. Der Messstellenbetreiber kann den Betrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme ausschreiben. In diesem Fall gibt er diese wichtige Rolle jedoch langfristig ab. Alternativ kann er die Verantwortung aber auch behalten und die erforderlichen Tätigkeiten mit Unterstützung von Dienstleistern ausführen. Gelsenwasser bietet daher vielfältige Unterstützungsangebote an, die bei der Implementierung und Umsetzung helfen.

Bei Ausschreibung der Grundzuständigkeit bleibt der Netzbetreiber weiterhin für die „alte Technik“ – d. h. insbesondere die verbauten Ferrariszähler – verantwortlich, denn nur die Grundzuständigkeit für die „neue Technik“ lässt sich übertragen.

Ebenso kann der Kunde – ab 2021 unter bestimmten Rahmenbedingungen auch der



### DIGITALE STROMZÄHLER UND INTELLIGENTE MESSSYSTEME



## KUNDENNUTZEN

Durch ihre technischen Funktionalitäten ermöglichen die neuen Stromzähler dem Energieversorger, neue datenbezogene Lösungen für den Kunden zu entwickeln und anzubieten. Unsere Herausforderung besteht hierbei darin, solche Leistungen zu entwickeln, die von Interesse sind und dem Kunden einen Nutzen bringen. Ziel ist es, bestehende Leistungen für die Wohnungswirtschaft und für die Filialisten mit neuen technischen Möglichkeiten weiterzuentwickeln, z. B. sollen Energiereporter, Abweichungsmelder und Verbrauchsassistenten entwickelt werden und anhand einer App nutzbar gemacht werden. Wir wenden den Design-Sprint als agile Methode zur Produktentwicklung an. Ein Sprint verläuft über fünf Tage und endet immer mit einem messbaren Ergebnis in Form von kundenorientierten Prototypen und Tests, die bei bestehenden oder potenziellen Kunden durchgeführt werden.

**Moderne Messeinrichtungen** sind elektronische Stromzähler.

**Intelligente Messsysteme** sind über einen Smart Meter Gateway in ein Kommunikationsnetz eingebundene moderne Messeinrichtungen zur Erfassung elektrischer Energie, die den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit widerspiegeln.

Anschlussnehmer – seinen eigenen Messstellenbetreiber wählen, den sogenannten wettbewerblichen Messstellenbetreiber. Dies gilt übrigens nicht nur für Strom-, sondern auch für Gaszähler.

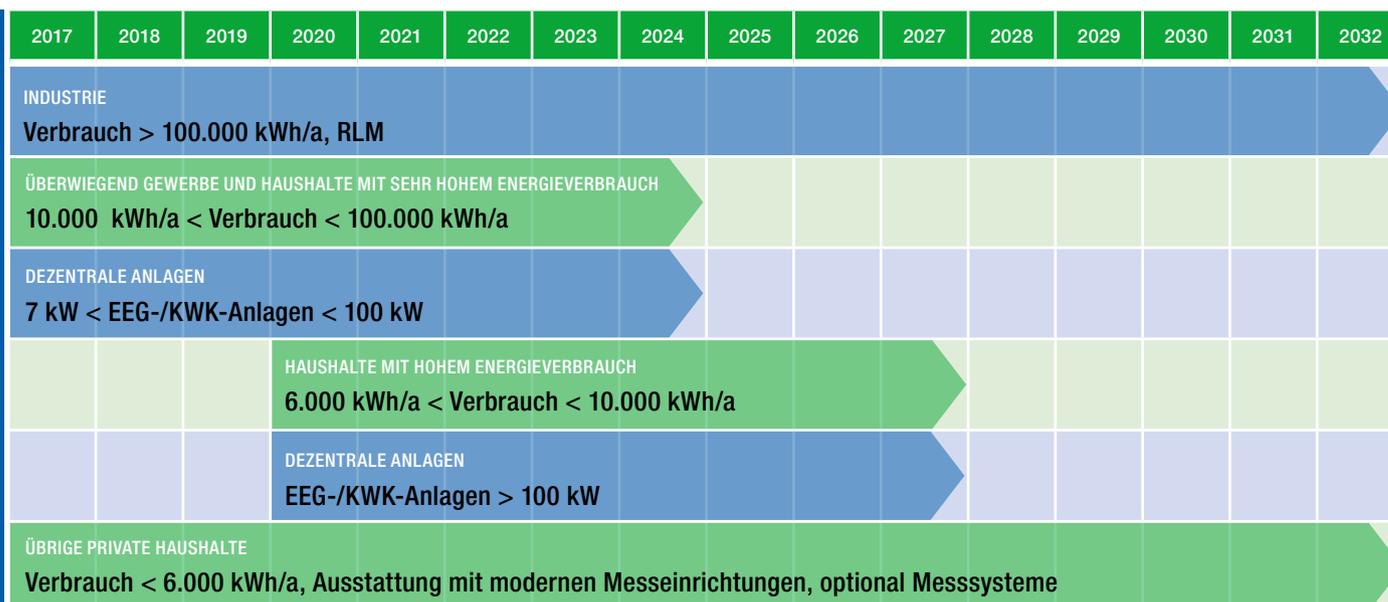
Gelsenwasser macht das bereits erfolgreich. Für eine Wohnungsbaugesellschaft wurden über 350 Gasmessstellen übernommen und aus den Zählern werden Signale zur Optimierung der Heizungssteuerung geliefert. Ebenso werden für einen großen deutschen Filialisten ca. 2.300 Filialen bis Oktober 2017 mit Messsystemen ausgerüstet und die Daten an ein System zur Visualisierung und zum Management des Energieverbrauchs übertragen. Zur Einführung der digitalen Technik erfolgt der Rollout der intelligenten Messsysteme phasenweise. Verpflichtend ist der Einbau ab einem Jahresverbrauch von mehr als 6.000 kWh sowie bei dezentralen Anlagen mit einer Leistung größer 7 kW.

Die Datenübertragungen müssen gesteuert werden und vor allem müssen sie sicher sein. Intelligente Messsysteme bestehen aus einem elektronischen Zähler und einem Smart Meter Gateway. Die Gateways werden vom sogenannten Gateway-Administrator verwaltet. Er ist für die Manipulationssicherheit und die Datenkommunikation nur an berechnigte Stellen verantwortlich. Sowohl die Gateways selber als auch der Administrator werden zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik überprüft und zertifiziert. Die Kooperation „ProMeter“, bestehend aus den Stadtwerken Bochum, der DEW21, der GELSENWASSER AG und dem IT-Dienstleister rku.it, wird die Funktion des Gateway-Administrators ausprägen. Derzeit läuft hierzu der Zertifizierungsprozess. Einerseits wird dies für die Gateways in den eigenen Netzen benötigt, andererseits wird dies aber auch als Dienstleistung angeboten.

Gelsenwasser hat zur Implementierung der dritten Marktrolle Messstellenbetrieb im Unternehmen ein bereichsübergreifendes Projekt aufgesetzt. So sollen künftig alle notwendigen Prozesse des Messstellenbetriebs berücksichtigt sowie alle notwendigen Maßnahmen initiiert werden. Ein besonderer Fokus liegt weiterhin in der Produktentwicklung, die über Strom hinaus auch die Sparten Gas und Wasser einbezieht.



Ansprechpartner:  
 Frank Stefanski  
 Leiter Zählerwesen  
 GELSENWASSER AG  
 ☎ 0209 708-436  
 ✉ Frank.Stefanski@gelsenwasser.de



Rolloutplanung für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme

# STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT

## Gelsenwasser ist neuer Partner der Kommune Eilenburg bei Strom, Gas, Fernwärme und Straßenbeleuchtung

Stadtwerke Eilenburg und Gelsenwasser gehen eine strategische Partnerschaft ein. Der kommunale Strom- und Gasversorger ist nun Mitglied im Gelsenwasser-Unternehmensverbund, nachdem die WEMAG AG aus Schwerin ihre Anteile am kommunalen Energieversorger aufgegeben hat. Eine Lösung, von der die Stadt profitiert. „Mit Gelsenwasser haben wir einen strategischen Partner gefunden, der hervorragend zu den Stadtwerken und zur Stadt passt“, blickt die Geschäftsführerin der Stadtwerke, Maïke Trulson-Schult, optimistisch in die Zukunft.

In der Großen Kreisstadt Eilenburg sind die Stadtwerke seit 22 Jahren eine feste Größe. Die 16.000-Einwohner-Stadt liegt an der Mulde im Nordwesten Sachsens, ca. 20 km nordöstlich von Leipzig. Die Stadtwerke betreiben sowohl das Gas- und Stromnetz als auch das Fernwärmenetz und die Straßenbeleuchtung der Großen Kreisstadt. Mittlerweile versorgen die Stadtwerke mit ihren rd. 30 Mitarbeitern 24 Stunden am Tag an 365 Tagen im Jahr 10.000 Kunden mit Strom und 2.000 Kunden mit Erdgas. Im Netzgebiet von Eilenburg sind die Stadtwerke Eilenburg das Energieversorgungsunternehmen mit den meisten Stromhaushaltskunden.

Die Partnerschaft mit Gelsenwasser ist auch deshalb von Vorteil, weil eine räumliche Nähe zu anderen Stadtwerken aus dem Gelsenwasser-Unternehmensverbund besteht – darunter in Delitzsch, Weißenfels und Zeitz – sowie zu dem Chemiepark Bitterfeld-Wolfen. Das bietet die Möglichkeit eines intensiven fachlichen Austauschs sowie Kooperationspotenziale und damit die Möglichkeit, Synergieeffekte zu heben.

„Die Stadtwerke ergänzen das bestehende Stadtwerke-Netzwerk von Gelsenwasser in jeglicher Hinsicht. Wir freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit und haben bereits in der Vergangenheit mit Stadtwerken der gleichen Größenordnung sehr gute Erfahrungen gemacht und erfolgreiche Entwicklungen verzeichnen können“, äußert sich Frank Neumann, Bereichsleiter der Unternehmensentwicklung von Gelsenwasser.



Ansprechpartner: Jens Sielemann  
Beteiligungsmanagement  
GELSENWASSER AG  
☎ 0209 708-774  
✉ jens.sielemann@gelsenwasser.de



*Blick auf den sanierten Gasometer der Stadtwerke als Teil des Verwaltungsgebäudes*



„Insgesamt profitiert jedes Mitglied von der gesamten Erfahrung des Netzwerks.“

Interview mit Christian Lohmann,  
Klimamanager der Gemeinde Nordwalde

KOMMUNALES  
ENERGIEEFFIZIENZ  
NETZWERK 

**transparent:** Mit welcher Absicht ist Nordwalde Teilnehmer des Energieeffizienz-Netzwerks Münsterland geworden?

**Christian Lohmann:** Das übergeordnete Ziel der Gemeinde Nordwalde ist die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Gemeindegebiet. Die Zielerreichungsstrategie hierzu wurde mit dem erstellten Energie- und Klimaschutzkonzept formuliert und einstimmig durch den Gemeinderat beschlossen. Es wurde deutlich, dass ein Schwerpunkt der Klimaschutzmaßnahmen auf der Hebung von Effizienz- und Einsparpotenzialen im Gebäudebestand liegen muss, um die ambitionierten Ziele des Energie- und Klimaschutzkonzepts zu erreichen. Relativ geringe Potenziale aus erneuerbaren Energien im Wärmebereich machen dies essenziell. Durch die Teilnahme am Energieeffizienz-Netzwerk Münsterland soll ein wesentlicher Beitrag zur Erschließung der Effizienz- und Einsparpotenziale im kommunalen Gebäudebestand geleistet werden.

**Welche Erfahrungen konnten Sie bereits in das kommunale Netzwerk einbringen?**

Die Teilnahme am Energieeffizienz-Netzwerk Münsterland baut auf schon umgesetzten und geplanten Effizienz- und Einsparprojekten auf; zur Hebung der Gebäudeeffizienz sind bereits umfangreiche Maßnahmen umgesetzt worden. Im letzten Jahr wurde ein Nahwärmenetz am Standort der Gesamtschule aufgebaut. Die Versorgung erfolgt seitdem besonders energieeffizient über ein

Blockheizkraftwerk und zwei Gas-Brennwertkessel. Zudem wird zurzeit die gesamte Beleuchtungstechnik der Schule auf LED-Technik umgerüstet. Des Weiteren erfolgt eine energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung, die konventionellen Leuchtmittel werden durch LED-Technik substituiert. Im nächsten Jahr soll mit dem Neubau des Bürgerzentrums begonnen werden. Das energetische Ziel ist, die Anforderungen gemäß KfW 55 einzuhalten. Die bereits gewonnenen Erfahrungen konnten in das Netzwerk eingebracht werden.

**Auf welchen Gebieten konnten Sie von Erfahrungen der Partner profitieren oder welche Hilfe erhoffen Sie sich künftig durch das Netzwerk?**

Jede Kommune wird in einem Umfang von 18 Tagen bzgl. Energieeinsparung und Energieeffizienz individuell vom beteiligten Energieberater betreut. Auf den viermal jährlich stattfindenden Netzwerktreffen werden die aus der Energieberatung resultierenden Ergebnisse vorgestellt und erläutert; dadurch wird ein stetiger Erfahrungsaustausch gewährleistet. Insgesamt profitiert jedes Mitglied von der gesamten Erfahrung des Netzwerks. Unsere Erfahrung ist, dass durch die Koordination und Vernetzung der Tätigkeiten im Netzwerk Synergien entstehen. Diese sollen zukünftig zielgerichtet zur Verwirklichung der geplanten Projekte genutzt werden.

# Bürgermeister im Gespräch

1.

Die neue Landesregierung verfolgt eine andere Politik zur Nutzung der Windenergie in NRW und hat einige konkrete Regelungen wie die Vergrößerung der Abstandflächen im Koalitionsvertrag verankert. Wie bewerten Sie diese Entwicklung als Bürgermeister einer Kommune in NRW?

DIETMAR HEB  
Bürgermeister Finnentrop



2.

Ein nachvollziehbares Ziel ist die Stärkung der kommunalen Planungshoheit. Wird mit diesem Maßnahmenbündel dieses Ziel eigentlich erreicht?

3.

Die Maßnahmen erfolgen vor dem Hintergrund, die Akzeptanz der Energiewende nicht zu verspielen. Der Ausbau der letzten Jahre und seine Kosten hätten ein Maß erreicht, bei dem viele Bürger vor Ort im Begriff seien, sich von ihr abzuwenden. Sehen Sie diesen Trend ebenso?



WILHELM SENDERMANN  
Bürgermeister Olfen

❶ Ich weiß nicht, ob die Verabredungen des Koalitionsvertrages tatsächlich so umsetzbar sind. Solche Schutzabstände können ja nicht einfach so politisch gewählt werden. Sie bedürfen ja fachlicher Begründungen. Ich bin da mal auf die konkreten Umsetzungsregelungen gespannt.

❷ Die kommunale Planungshoheit ist von den landesplanerischen Zielen und der Abwägung von Belangen abhängig. Ich kenne das aus eigener Erfahrung seit vielen Jahren. Immer neue oder geänderte politisch geprägte Regelungen und danach die dazu ergangenen gerichtlichen Entscheidungen machen das für Kommunen kaum steuerbar. Das, was gestern richtig war, wird heute wieder umgeworfen. Wir brauchen endlich einen klaren und dauerhaften Planungsrahmen. Dann kann man das auch dem Bürger erklären.

❸ Ja, da die Windkraftanlagen auf die Landschaft wirken und manchmal schon den Menschen Angst machen, werden diese Projekte auch kritisch gesehen. Bürgerbeteiligungsmodelle oder die Verwendung von Überschüssen für unsere Bürgergesellschaften sind für mich der richtige Weg, auch die Menschen mitzunehmen.

# zur Windenergie

❶ Es wäre sehr bedauerlich, wenn das Pendel nach den völlig überzogenen Vorgaben der alten rot-grünen Landesregierung nun komplett zur anderen Seite ausschlagen würde. Gleichzeitig heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag, dass die „Bedeutung der erneuerbaren Energien ...“ zunehmen werde. Damit ist eine deutlich einschränkende Steuerung der Windenergieerzeugung nicht vereinbar. Neue einschränkende Regelungen würden für uns „Steine statt Brot“ bedeuten. Die diskutierte neue Abstandsfläche von 1.500 m sowie das ebenfalls diskutierte Verbot der Errichtung von Windenergieanlagen im Wald sind zwar rechtlich höchst zweifelhaft, würden aber selbst als Empfehlung bedeuten, dass man der Minderheit absoluter Windkraftgegner neuen Rückenwind verschaffen würde. Damit würde die Auseinandersetzung in die Kommunen verlagert. Wir als Kommunen erwarten von einer christlich-liberalen Politik mehr Handlungsspielräume im Sinne der propagierten „Entfesselung“. Beim Thema Windenergie sind diese ohnehin durch die Vorgaben des Baugesetzbuches und durch die Rechtsprechung („Der Windkraft muss substantiell Raum gegeben werden“) stark eingeschränkt.

❷ Gerade beim Thema Windenergie ist die kommunale Planungshoheit durch die grundsätzliche Privilegierung im Baugesetzbuch erheblich betroffen. Die inzwischen umfängliche Rechtsprechung hat die kommunale Planungshoheit weiter ausgehöhlt. Jede weitere Regelungsdichte schwächt die kommunale Planungshoheit weiter. Im Übrigen: Kommunen sind sehr wohl in der Lage, ihre Bürgerinnen und Bürger durch geeignete Abstandsflächen zu schützen sowie besonders sensible Bereiche in Natur und Landschaft von der Planung auszunehmen.

❸ Das mag örtlich durchaus unterschiedlich sein, einen generellen Trend kann ich jedenfalls nicht erkennen. Vielleicht kommt es darauf an, wie weit man die Bürgerinnen und Bürger in der Planungsphase mitnimmt. Wir in Finnentrop gehen den Weg, dass wir uns an den Investitionen beteiligen wollen, um auf diese Weise dem Thema „Bürgerwindpark“ einerseits gerecht zu werden, andererseits aber auch zukünftig nicht nur planungsrechtlich, sondern auch zivilrechtlich „den Daumen auf der weiteren Entwicklung zu haben“. Umgekehrt darf es aber auch nicht sein, dass sich lediglich die Lauten durchsetzen. Am Ende muss die Planung von Vorranggebieten ein demokratischer Prozess bleiben, bei dem sich nicht Einzelinteressen durchsetzen, aber auch der Schutz der in der Nachbarschaft wohnenden Bevölkerung gewahrt bleibt.



MARTIN WÄCHTER  
Bürgermeister Menden

❶ Es gilt zunächst die landespolitischen Regelungen und Beschlüsse abzuwarten. Ich halte es nicht für sinnvoll, sich über die Konsequenzen der Gesetzesänderungen den Kopf zu zerbrechen, bevor nicht ganz klar die Rechtssicherheit der Umsetzungsvorhaben geprüft ist. Genauso wenig können wir zurzeit abschätzen, wie sich die neuen Mehrheitsverhältnisse in Berlin bilden und die bundespolitischen Auswirkungen auf die geplanten Maßnahmen. Zurzeit bleibt vieles offen und unsicher. Die aktuelle Planung und Projektierung von Windenergieanlagen sind in Menden daher gerade zum Stillstand gekommen, wir wollen schließlich nicht ins Blaue planen und warten ab. Die neuen Regelungen des Gesetzgebers werden Klarheit schaffen und eine rechtssichere Grundlage für weitere Windenergievorhaben.

❷ Ich rechne durchaus mit mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen, dies wird jedoch keine spürbare Auswirkung auf den Zubau der Windenergie haben. Ich befürworte eine einheitliche Linie im gesamten Bundesgebiet und einen ausgewogenen Ausbau deutschlandweit.

❸ Allen muss klar sein, die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Kosten spielen sicher eine wichtige Rolle, sind aber nicht der einzige Grund, warum Akzeptanzprobleme entstehen. Hier geht es vielmehr um persönliche Belange und Empfindlichkeiten. Es wird immer – und ich finde berechtigt – Anliegen und Bedenken der Bürger geben. Auch in Menden sind viele Gebiete, die wir für die Windenergie ausweisen wollten, deshalb nicht zum Tragen gekommen. So ist es aber bei vielen kommunalpolitischen Fragen. Interessenkonflikte gibt es überall, da ist die Windenergie keine Ausnahme. Ich glaube aber, dass jede neue Regelung die Akzeptanz in Bezug zum Windenergieausbau nicht beeinflussen wird. Wer bisher dagegen war, wird es auch weiterhin sein. Genauso werden Grundstücksbesitzer, die sich Einkünfte aus Pachten für Windrad-Standorte erhofft hatten, möglicherweise enttäuscht. Wichtig ist, dass wir einen guten Bürgerdialog fortsetzen, wenn die Landesregierung ihre Pläne konkretisiert.

# POSITIONSPAPIER ZU PLÄNEN DER NEUEN LANDESREGIERUNG FÜR WINDENERGIE

*Im neuen Koalitionsvertrag des Landes NRW wurden unter anderem mehrere Änderungen des Gesetzesrahmens für die Windenergie an Land in Aussicht gestellt. Ziel ist es, die für die Windstromerzeugung nutzbare Fläche des Landes um bis zu 80 % zu reduzieren. Dies veranlasste 17 Stadtwerke, in einem gemeinsamen Positionspapier mögliche Folgen einer zu drastischen Verringerung des Wind-Potenzials für die kommunale Projektentwicklung und einige Stolpersteine aufzuzeigen. Die neue Landesregierung leitet in der Folge ihren geplanten Kurswechsel mit Augenmaß und in einem sehr konstruktiven Dialog mit den Betroffenen ein.*

In dem Positionspapier weisen die Stadtwerke insbesondere auf die folgenden Punkte hin:

Die Windenergie ist gerade im Energieland Nr. 1 die tragende Säule der Energiewende und übernimmt bei der Erreichung der deutschen und europäischen Klimaschutzziele eine besondere Verantwortung. Die Branche ist mit mehr als 400 Firmen und etwa 18.500 Beschäftigten in NRW ein wichtiger Arbeitgeber und Faktor für wirtschaftliches Wachstum. Die Nutzung der Windenergie ist inzwischen zu einem bedeutenden Geschäftsfeld gerade für kommunale Unternehmen geworden. Mit über 220 zugebauten Anlagen und einem Investitionsvolumen von über 1 Mrd. € hat die Windenergie im letzten Jahr einen erheblichen Teil zu den Neuinvestitionen in NRW beigetragen. Bis Ende 2018 wird ebenfalls mit der Realisierung bereits genehmigter Projekte im Wert von weiteren 2 Mrd. € gerechnet.

## ENERGIEWENDE IN NRW WÄRE VERMUTLICH GEFÄHRDET

Bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags wurde deutlich, dass in den kommenden Monaten eine Neubewertung der rechtlichen Grundlagen für die Windenergie geprüft werden soll. Die neue Landesregierung beabsichtigte darin, die planungs- und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen durch pauschale Abstandsvorgaben von 1.500 m zu Wohngebieten und ein Waldverbot anzupassen. Mit dieser Neuregelung würde die für Windenergie zur Verfügung stehende Fläche in NRW um 80 % reduziert.

## KOMMUNALE EINNAHMEN SOLLTEN NICHT ENTWERTET WERDEN

Die Stadtwerke bemängeln, dass dadurch das Bundesland NRW bei der Umsetzung der Energiewende deutlich zurückfallen könnte. Bei einer drastischen Umsetzung könnten jahrelange Vorinvestitionen in geplante Projekte und eingesetzte öffentliche Mittel für kommunale Planungen hinfällig werden.

Die Planung von Windenergieprojekten dauert oft bis zu zehn Jahre, teils bedingt durch langwierige Verfahren zur Ausweisung von Windvorranggebieten in der Regional- und Bauleitplanung. In den letzten Jahren haben viele Kommunen solche Verfahren begonnen und erst kürzlich abgeschlossen. Die geplanten Regelungen würden neuen Handlungsbedarf erfordern und erhebliche Zusatzkosten verursachen. Gutachten müssten neu angefertigt oder überarbeitet werden. Gerade viele kommunale Unternehmen in NRW haben in den letzten Jahren in Windenergieprojekte investiert. Auch mit Blick auf die ehrgeizigen Ausbauziele der Politik wurde die Windenergie als neues Standbein aufgebaut. Der Wegfall der daraus zu erzielenden Gewinne würde die Einnahmen der Kommunen ebenfalls verringern, Einnahmen aus der Gewerbesteuer gingen in der Folge verloren.

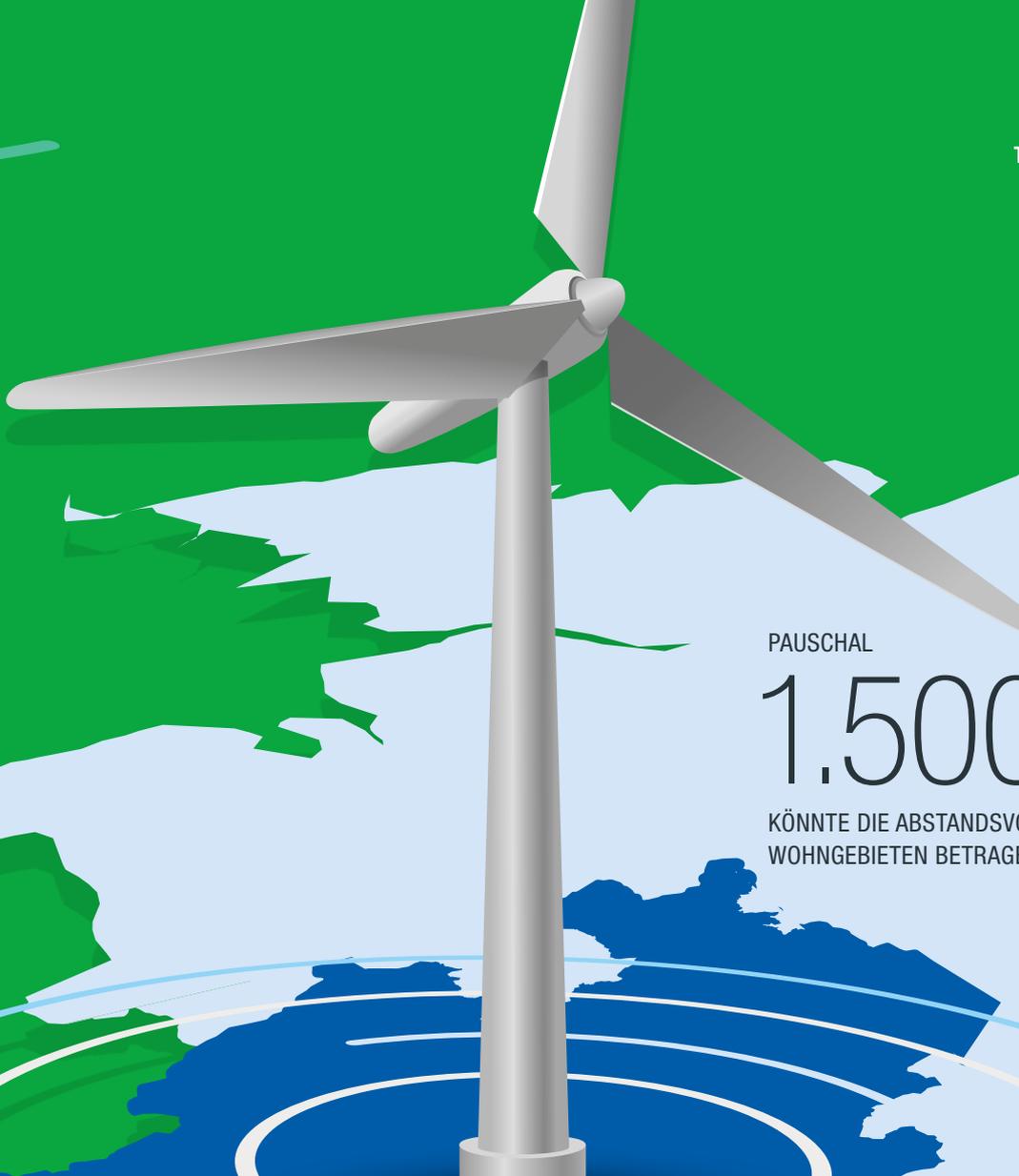
Welchen Weg auch immer die Politik zur Windenergie an Land gestalterisch einschlägt, es gilt für sie dasselbe wie für andere Geschäftsfelder der Energiewirtschaft, die über Jahre hinweg geplant werden müssen. Die Windenergie in NRW benötigt vor allem langfristig stabile planungs- und genehmigungsrechtliche Rahmenbedingungen, um die technischen Herausforderungen und ökonomischen Chancen der gesellschaftlich breit getragenen Energiewende umzusetzen.



Ansprechpartner: Stephan Dohe  
Leiter Projektentwicklung Wind  
GELSENWASSER AG  
☎ 0171 29 888 60  
✉ stephan.dohe@gelsenwasser.de



Ansprechpartner: Dr. Arnt Baer  
Leiter Politik und Verbände  
GELSENWASSER AG  
☎ 0209 708-450  
✉ arnt.baer@gelsenwasser.de



PAUSCHAL

1.500 m

KÖNNTE DIE ABSTANDSVORGABE ZU  
WOHNGBIETEN BETRAGEN

UM BIS ZU

80%

WÜRDEN SICH DIE FÜR DIE WINDSTROMERZEUGUNG NUTZBARE  
FLÄCHE DES LANDES NRW REDUZIEREN

# VOM BESTEN LERNEN!

## BENCHMARKING DER WASSERVERSORGER IN NRW



*Seit 2008 nehmen viele Wasserversorger in NRW am Benchmarking Wasserversorgung der Landesregierung teil. Auch wenn die Wasserversorgung in einem natürlichen Monopol stattfindet – und daher neben den Konzessionsvergaben kein Wettbewerb stattfindet –, arbeiten die Versorger kontinuierlich daran, ihre Prozesse zu verbessern und Fehler im System aufzudecken und zu beheben. Hierfür vergleichen sie sich unter Beteiligung der Ministerien und der Wasserverbände in diesem „Dauer-Projekt“. Waren es im ersten Jahr 57, nahmen im Folgejahr bereits 98 Versorger teil – der Mehrwert sprach sich schnell herum. In der aktuell abgeschlossenen neunten Projektrunde gab es einen Teilnehmerrekord: Die 113 Unternehmen repräsentieren mehr als 86% der Wasserabgabe an Endkunden in Nordrhein-Westfalen – bundesweite Spitzenwerte unter den Benchmarking-Projekten der Länder.*

Bei der Abschlussveranstaltung der neunten Projektrunde am 26. Juni waren sich alle einig, dass sie in der Jubiläumsrunde des 10-jährigen Bestehens den aufgestellten Rekord erneut steigern wollen.

Behörden, Verbände und Versorger werden sich im nächsten Jahr auf Messen und Infoveranstaltungen anbieten, um den Interessierten Umstände und vor allem Vorteile des Projekts zu erklären. Im 2. Halbjahr 2017 ist z. B. eine Veranstaltung in Bielefeld geplant – und die jährliche Abschlussveranstaltung selbst.

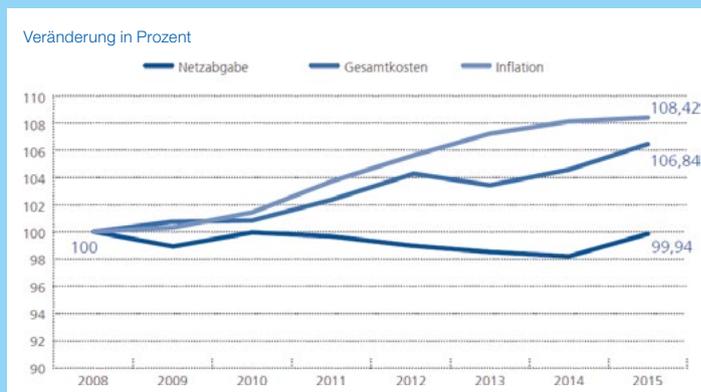
### Exklusiv für Neuteilnehmer

Auch vor dieser Abschlussveranstaltung können sich potenzielle Neuteilnehmer bei einer Vortragsreihe exklusiv informieren. Ihnen sowie auch Wiedereinsteigern wird ein intensiver Austausch mit Experten des begleitenden Beratungsunternehmens Rödl & Partner sowie Vertretern der Behörden ermöglicht.

Die Veranstaltung bietet darüber hinaus Fachvorträge zu aktuellen Themen der Wasserwirtschaft und einen intensiven Austausch untereinander.

### Abschlussveranstaltung der neunten Projektrunde

Dieses Jahr begrüßte Gerhard Odenkirchen, Abteilungsleiter für Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Wasserwirtschaft im NRW-Umweltministerium, die Gäste. Er erläuterte die Initiative der Umweltministerkonferenz, mit dem Ziel, die Teilnehmezahlen in ganz Deutschland zu erhöhen. Der Abschlussbericht wird demnächst veröffentlicht. Odenkirchen ging auf die große Bedeutung der Wasserversorgungskonzepte der Gemeinden ein sowie auf die Sinnhaftigkeit neuer Tarifmodelle. Diese führten dazu, dass sich Erlös- und Kostenstrukturen zunehmend angleichen.



Relative Entwicklung der Netzabgabe, Gesamtkosten und Inflation der dauerhaften Teilnehmer



## ZUM NACHLESEN

Alle Vorträge der Abschlussveranstaltung sowie den Ergebnisbericht der neunten Projektrunde können Sie unter folgendem Link herunterladen:

[www.roedl-benchmarking.de/nrw/asp/main/main.asp](http://www.roedl-benchmarking.de/nrw/asp/main/main.asp)

### In Köln standen auch IT-Sicherheit und andere Themen im Fokus

Silke Bildhäuser vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) skizzierte anhand von Bedrohungsszenarien die Bedeutung des IT-Sicherheitsgesetzes und der branchenspezifischen Sicherheitsstandards. Sie konnte insoweit ein Stück Entwarnung geben. Matthias Rammler von den Stadtwerken Düsseldorf berichtete praxisnah über den dortigen Umgang mit den Herausforderungen der IT-Sicherheit. Sein Fazit: Bürokommunikation und die Leit- und Steuerungstechnik in den Wasserwerken sollten getrennt sein.

Daneben stellte sich die Leiterin der Landeskartellbehörde, Gabriele Krater, den Fragen der Wasserversorger zur laufenden Abfrage der Fremdbezugskosten.

Jörg Schienlein von Rödl & Partner berichtete, dass die Wasserversorgung in NRW nachhaltig und qualitativ hochwertig ist. Ein mahrender Hinweis richtete sich an die Unternehmen mit einer Netzerneuerungsrate von deutlich unter einem Prozent pro Jahr. Denn die Analysen zeigten, dass die Unternehmen mit einer höheren Netzerneuerungsrate ihre Wasserverluste erkennbar stärker im Betrachtungszeitraum abbauen konnten. Die Gesamtkosten der Wasserversorgung würden aber weiterhin deutlich unterhalb der allgemeinen Teuerungsrate steigen. Einziger Wermutstropfen sei eine nach wie vor schwache Beteiligung öffentlich-rechtlich organisierter Unternehmen.

Jörg Kemmerling vom Wasserleitungszweckverband der Neffeltalgemeinden stellte den Nutzen für einen kleineren Versorger dar und benannte gleich mehrere Vorteile – bis hin zu der Aussage, dass auch die jährliche Teilnahme in Sachen Aufwand und finanzieller Belastung absolut leistbar sei.

Wir dürfen somit gespannt sein, welche Erkenntnisse die zehnte Projektrunde bringt. Jedenfalls wird das Projekt kontinuierlich weiterentwickelt, damit wirklich alle Teilnehmer ihren Nutzen daraus ziehen können.



Ansprechpartner: Dr. Stefan Sanft  
 Leiter Asset Management  
 GELSENWASSER AG  
 ☎ 0209 708-208  
 ✉ stefan.sanft@gelsenwasser.de



Ansprechpartner: Dr. Arnt Baer  
 Leiter Politik und Verbände  
 GELSENWASSER AG  
 ☎ 0209 708-450  
 ✉ arnt.baer@gelsenwasser.de

## Kooperation mit der Landwirtschaft im Stevereinzugsgebiet verlängert PFLANZENSCHUTZMITTEL UND NITRAT BEREITEN SORGEN

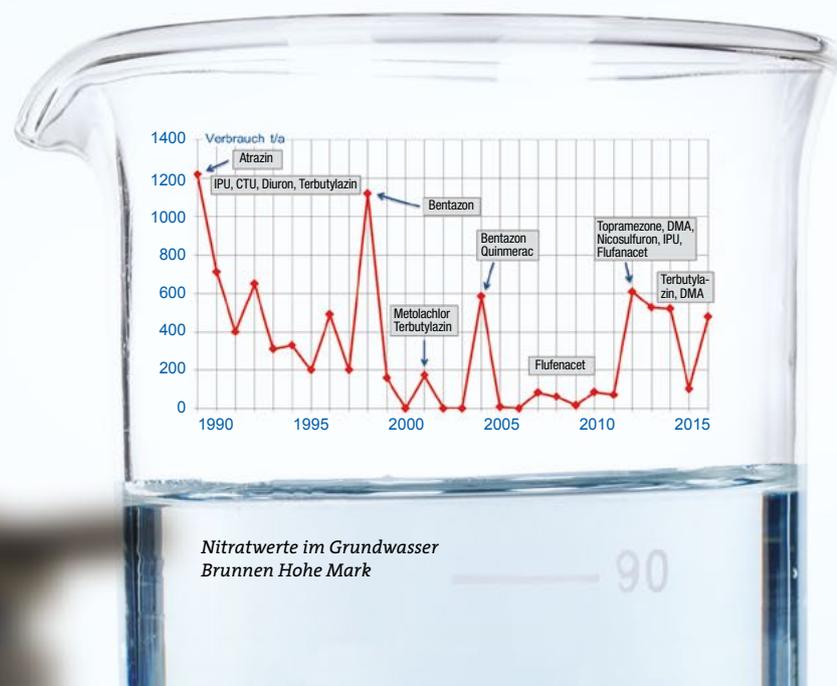
Seit über 25 Jahren engagiert sich die Kooperation Stevertalsperre für die Verringerung von Einträgen aus der Landwirtschaft in die Gewässer. Die getroffenen Maßnahmen haben die Dosierung von Aktivkohle gegen die Belastungen der Talsperre mit Pflanzenschutzmitteln (PSM) zeitweise bis auf null sinken lassen und die Nitratwerte in der Stever und dem Mühlenbach auf einem niedrigen Niveau gehalten. Allerdings haben seit fünf Jahren Klimaveränderungen, der intensive chemische Pflanzenschutz in Verbindung mit engen Fruchtfolgen und eingeschränktem Wirkungsspektrum, extreme Witterungsereignisse und bestimmte Bodenzustände nach der Anwendung von PSM mit Abschwemmungen zu einer negativen Trendumkehr geführt. Die Folgen waren deutlich erhöhte Anforderungen an das Talsperren- und Wassergewinnungsmanagement und eine Intensivierung der Aufbereitung mit Aktivkohle.

Die Werte für Nitrat im Oberflächenwasser der Stever und des Mühlenbachs haben sich im Verlauf der Zusammenarbeit in der Kooperation leicht verbessert. Aufgrund der Durchmischung der Wässer in der Talsperre Haltern kommt es zu einer weiteren Vergleichmäßigung und Verringerung der Werte. Das Trinkwasser, dem auch noch Mengenanteile aus den Wassergewinnungen Haard und Hohe Mark angehören, liegt mit einem durchschnittlichen Nitratwert von derzeit 17 mg pro Liter auf einem insgesamt niedrigen und damit guten Niveau.

Allerdings sind die Nitratwerte in einigen Brunnen

der Wasserwerke z. T. unverändert hoch und ohne Trendumkehr trotz der langjährigen Kooperationsbemühungen. Insbesondere im Einzugsgebiet beispielsweise der Wassergewinnung Hohe Mark sind angesichts des Erreichens der 40-mg-Grenze für Nitrat pro Liter nunmehr weitere Anstrengungen zur Verbesserung des Grundwasserzustands erforderlich.

Die Ursachen für die zum Teil zu hohen Befunde an Pflanzenschutzmittel im Oberflächenwasser und Nitrat im Grundwasser sind nicht nur auf klimabedingte Auswirkungen oder auf nicht in allen Fällen auszuschließendes Fehlverhalten einzelner Landwirte zurückzuführen. Das derzeitige Pflanzenschutz- und Düngerecht steht diesen Entwicklungen leider nicht im Wege. Die Landwirte halten sich zwar an die gesetzlichen Vorgaben bzw. die Regeln der guten fachlichen Praxis, diese gehen aber in ihren Bestimmungen teilweise nicht weit genug. Somit ist die gute fachliche





Unterzeichnung neuer Kooperationsvertrag  
am 12. Juli 2017

Praxis auch Ursache der nicht gelösten Probleme landwirtschaftlicher Einträge in die Gewässer.

Leider sind die Einflussmöglichkeiten der Wasserwirtschaft auf gegebene agrarökonomische Rahmenbedingungen und das Agrarfachrecht mit Blick auf die Schaffung eines Gleichklangs zum Wasser- und Umweltrecht begrenzt.

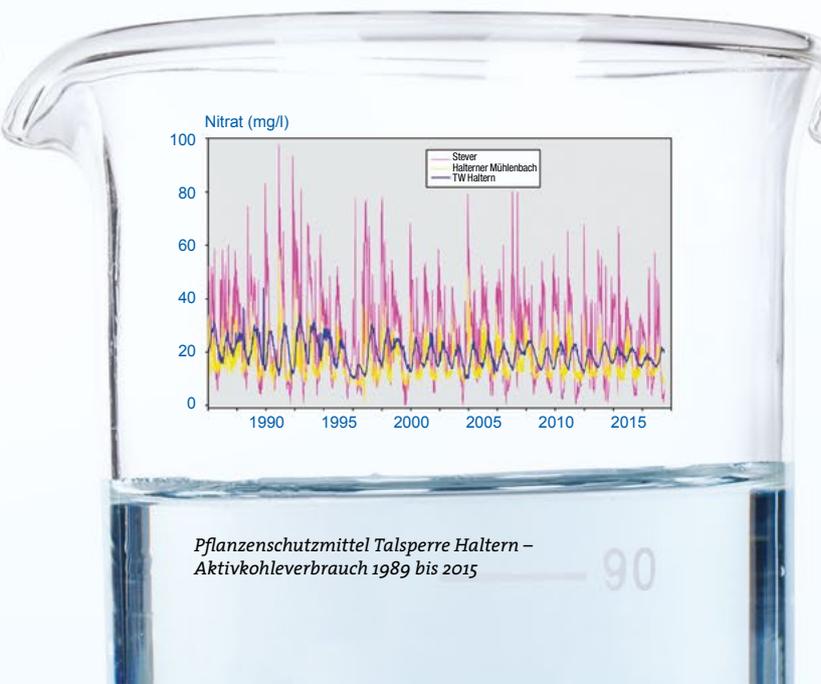
Weil mit der bisherigen Kooperationsarbeit unter diesen Rahmenbedingungen die gesteckten Ziele nicht erreicht werden können, müssen neue Maßnahmen ergriffen werden. Die Kooperationspartner haben daher in den letzten Monaten intensiv miteinander verhandelt und an neuen Lösungen gearbeitet. Im Ergebnis ist dabei ein neuer Kooperationsvertrag herausgekommen. Mit neuen Förderbausteinen will man nun den Problemen stärker auf den Leib rücken. Dazu gehören die Extensivierung durch Verminderung des Düngereinsatzes und den ökologischen Landbau in Wasserschutzgebieten sowie das Anlegen von Gewässerschutzstreifen im gesamten Kooperationsgebiet. Bewährtes wird beibehalten, dazu gehören die Beratung, die leistungsabhängige Förderung gewässerverträglicher Techniken und die intensive Überwachung. Die neuen Förderbausteine werden über das Wasserentnahmeentgelt gegenfinanziert. Das setzte daher in allen Verhandlungsphasen eine intensive Abstimmung mit dem nordrhein-westfälischen Umweltministerium voraus.

Am 12. Juli 2017 unterzeichneten die Vertragspartner der Kooperation Landwirtschaft/Wasserwirtschaft die neue Vereinbarung für die Zeit von 2018 bis einschließlich 2022. Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, die Stadtwerke Coesfeld GmbH, die Stadtwerke Dülmen GmbH, die Gemeindewerke Nottuln und Gelsenwasser verständigten sich darauf, die Zusammenarbeit in der Kooperation fortzuführen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Landwirte die mit der Landwirtschaftskammer verhandelten und finanziell attraktiv ausgestatteten Förderangebote in bedeutendem Maße wahrnehmen. So kann es gelingen, nachhaltig sinkende Nitratgehalte in den Brunnen und in den Messstellen in deren Vorfeld zu erreichen sowie die Pflanzenschutzmitteleinträge auf ein Niveau deutlich unterhalb der letzten fünf Jahre zu bringen.



Ansprechpartner: Ulrich Peterwitz  
Leiter Wasserwirtschaft  
GELSENWASSER AG  
☎ 0209 708-274  
✉ ulrich.peterwitz@gelsenwasser.de



Pflanzenschutzmittel Talsperre Haltern –  
Aktivkohleverbrauch 1989 bis 2015



Nitrat im Oberflächen- und Trinkwasser  
Wasserwerk Haltern 1986 bis 2015

# Freie Fahrt für intelligente Lösungen!



PLUS

DIENSTLEISTUNGEN FÜR GRUNDZUSTÄNDIGE  
MESSSTELLENBETREIBER

**EFFIZIENTE LÖSUNGEN AUS EINER HAND:** Realisieren Sie jetzt den geforderten Rollout intelligenter Messsysteme in Ihrem Netz – mit dem Dienstleistungspaket „Wegbereiter“ von GELSENWASSER<sup>+</sup>. Wir unterstützen Sie von der Beratung über die Hardware-Beschaffung bis zur Gateway-Administration und helfen Ihnen, Ihren optimalen Weg umzusetzen.

Kompetente Lösungen von der Beratung bis zur Umsetzung: [www.gelsenwasser.plus/wegbereiter](http://www.gelsenwasser.plus/wegbereiter)

GELSENWASSER